63. Sonnabend den 15. März 1862. 63.

Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. **Bestellungen** nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum: Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis **10 Uhr Vormittags** angenommen.

Amtliches.

Berlin, 15. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Kreis-Physikus Dr. Menne zu Brakel im Kreise Höxter den Rothen Adler-Orden vierter Klasse und dem Küster Joseph Beckmann an der katholischen Pfarrkirche zu Seeburg im Kreise Rössel das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner den bisherigen Kreisgerichts-Rath Adolph Gustav Hermann Moisiszig in Gnesen zum Direktor des Kreisgerichts in Wongrowitz; und die Kreisrichter Triebel in Wettin, Schick in Suhl und von Landwüst in Halle a. S. zu Kreisgerichts-Räthen zu ernennen und den Rechtsanwalten und Notaren Bromme in Naumburg a. S. und Werner in Langensalza den Charakter als Justizrath zu verleihen; endlich dem Landrath des Kreises Eckartsberga, von Münchhausen zu Cölleda, die Erlaubniß zur Anlegung des ihm verliehenen Fürstlich schwarzburgschen Ehrenkreuzes zweiter Klasse und den Gebrüdern Anton und Joseph Weidenhaupt zu Düsseldorf zur Anlegung des ihnen verliehenen Ritterkreuzes des Ordens vom heiligen Grabe zu Jerusalem zu ertheilen.

Die Kaufleute Georg Oetling in Matamoros und Georg Chelius in Orizaba sind zu Konsular-Agenten daselbst bestellt worden.

Am Gymnasium zu Bunzlau ist die Anstellung des Oberlehrers Dr. Güthling als Prorektor und die des Lehrers Luchterhand als ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

Nr. 64 des St. Anz.'s enthält Seitens des K. Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten eine Verfügung vom 18. November 1861, betreffend den Betrieb des Trödler-Gewerbes; ferner Seitens des k. Ministeriums des Innern einen Bescheid vom 4. Januar 1862, betreffend die Aufnahme verarmter Personen, beziehungsweise deren Zurückweisung nach dem früheren Wohnorte; sowie Seitens des k. Kriegs-Ministeriums einen Zirkular-Erlaß vom 7. Februar 1862, betreffend die Behufs Zulassung zum einjährigen freiwilligen Militärdienst beizubringendan Schulzeugnisse.

Telegramme der Posener Zeitung.

London, Freitag 14. März, Vormittags. Mit dem Dampfer „Kangaroo“ hier eingetroffene Berichte aus Newyork vom 1. d. melden gerüchtsweise, daß General Buell die Konföderirten bei Murphresboro (?) umzingelt, daß General Banks mit unionistischen Streitkräften den Potomac bei Harpers Ferry überschritten, Bolivar, Charleston und beide Seiten des Shenandoahflusses okkupirt hätte. Noch wird dem Vorschreiten der Unionisten kein Widerstand geleistet. Die Ernennung Scotts zum Gesandten in Mexiko ist zurückgenommen worden.

London, Freitag 14. März, Nachm. Nach weiteren Berichten aus Newyork vom 1. d. sagte der Präsident der Südstaaten, Jefferson Davis, in seiner letzten Botschaft unter Anderem: „Die Ereignisse haben bewiesen, daß die Regierung der Südstaaten mehr versucht habe, als sie zu leisten im Stande war. Indem sie das ganze Territorium des Südens schützen wollte, hat die Konföderation schwere Unfälle erlitten. Es ist jetzt wahrscheinlich, daß der Krieg mehrere Jahre dauern wird. Die gegenwärtigen Streitkräfte können im Allgemeinen auf 400 Regimenter Infanterie mit einer entsprechenden Kavallerie und Artillerie veranschlagt werden. Der Stand der Marine reicht für die Defensive aus. Eine schwebende Schuld ist nicht vorhanden. Die Staatsausgaben belaufen sich für das Jahr auf 170 Millionen Dollars, eine Summe, geringer als der Werth der Baumwollenernte eines Jahres. — In Richmond hat ein Meeting von Baumwollen- und Tabakspflanzern stattgefunden, um die Frage wegen freiwilliger Zerstörung der Baumwollen- und Tabaksernte in Erwägung zu ziehen. Es wurde eine Kommission ernannt, um Vorschläge für das nächste Meeting vorzubereiten. — In dem Kongreß der Südstaaten ist der Antrag gestellt worden, daß der Süden sich verbindlich machen möge bis zum letzten Dollar den Krieg zur Erhaltung der Unabhängigkeit fortzusetzen. Dieser Antrag wurde dem Militärkomité überwiesen. Ein anderer Antrag ging dahin, die Eigenthümer verbrannter Baumwolle und verbrannten Tabaks zu entschädigen.

Nach dem neuesten Bankausweis beträgt der Notenumlauf 20,013,685, der Metallvorrath 16,027,111 Pfd. St.

Petersburg, Freitag 14. März, Nachmittags. Die „Revalsche Zeitung“ meldet, daß der Lievländische Landtag die Einberufung der Städte zum Lievländischen Landtage und die Einführung eines allgemeinen baltischen Landtags und eines baltischen Senats votirt habe.

(Eingeg. 15. März 9 Uhr Vormittags.)

□ Die Auflösung des Abgeordnetenhauses.

Langsamer und schleichender ist wohl noch selten das Verfassungsleben eines Staats von einer Krisis befallen und um zweifelhafterer Ursachen willen wohl noch niemals eine konstitutionelle Kammer aufgelöst worden, als dies in den jüngstvergangenen Tagen in Preußen geschehen. Als der Hagensche Antrag im Hause der Abgeordneten eingebracht wurde, hielt man ihn unter der Fülle der anderweitig vorliegenden Gesetzentwürfe von so mancher Seite kaum der Erwähnung werth. Weder der bis dahin parlamentarisch unbekannte Name des Antragstellers, noch der Inhalt des Antrags vermochte irgend ein allseitiges Interesse zu erregen. Wir sind es zu sehr gewohnt, Beschlüsse von großer politischer Tragweite an die Namen parlamentarischer Notabilitäten geknüpft zu sehen, und derartige Beschlüsse auf ganz anderen Gebieten zu suchen, als bei den Modalitäten der Budgetberathung. Es folgte dann die Veröffentlichung der Kommissionsberathungen, die eine oder andere Zeitung wies wohl im Vorbeigehen darauf hin, daß dem Antrage eine gewisse Bedeutung, insbesondere bezüglich der Positionen des Armeebudgets nicht abzusprechen sei, indessen schien doch sowohl nach den Erklärungen des Finanzministers im Schooße der Kommission, wie nach dem Beschlusse der letzteren nicht einmal eine besondere Differenz zwischen dem Standpunkte der Regierung und dem des Antrages obzuwalten, und vor dem Beginn jener Donnerstagssitzung am 6. März hätte sich wahrscheinlich Jedermann lächerlich gemacht, der von dieser Sitzung vorausgesagt hätte, sie würde dem Abgeordnetenhause den Tod bringen. Man würde solchen Unglückspropheten voraussichtlich kopfschüttelnd gefragt haben, ob er den ersten oder zweiten Gegenstand der Tagesordnung, den Hagenschen Antrag oder die Petition unserer Stadtbehörden, als den lebensgefährlichen Stoff im Sinne habe. Aus der Lebhaftigkeit der Debatte und aus der Schlußerklärung des Finanzministers, er zweifele, ob sich nach Annahme des Hagenschen Antrages die Regierung noch fortführen ließe, konnte man dann allerdings schließen, daß eine Frage von Wichtigkeit entschieden werden solle; aber an eine Kabinetsfrage dachte noch immer Niemand. Erst als nach Annahme des Hagenschen Antrages die Sonnabendsitzung auf Wunsch des Staalsministeriums, weil es wegen anderweitiger wichtiger Berathungen zu erscheinen verhindert sei, ausfallen mußte, begann eine Ahnung unter den Abgeordneten wie im Volke aufzudämmern, daß das Ministerium jene parlamentarische Niederlage als entscheidend ansehe, und eine Krisis vor der Thür sei. Es folgte dann die Nachricht von der eingereichten Dimission des Ministeriums, die Nichtannahme der Dimission und die Auflösung des Abgeordnetenhauses rasch aufeinander.

Wir glauben, es wird den meisten preußischen Wählern sehr schwer deutlich zu machen sein, weshalb die Männer ihrer ersten Wahl eigentlich für untauglich befunden worden sind, die Rechte der Volksvertretung gegenüber der Regierung wahrzunehmen; welches der unversöhnbare Konflikt zwischen Ministerium und Abgeordnetenhaus gewesen; um was es sich bei den Neuwahlen im Kern der Sache handelt. Die zwei kurzen Sätze des Hagenschen Antrages sind freilich schnell gesagt und nicht allzuschwer verständlich: größere Spezialisirung der einzelnen Positionen des Staatshaushalts und Durchführung einer derartigen Spezialisirung schon für das Budget des Jahres 1862. Schwerer zu verstehen wird aber immer die von dem Ministerium in diese Sätze hineingelegte Bedeutung bleiben. Der erste Satz ist ein Grundsatz, den der Finanzminister in früherer Zeit als Abgeordneter der Opposition selbst mit Entschiedenheit verfochten hat, und den er auch jetzt als berechtigt anzuerkennen schien; wenigstens versprach er die gewünschte Spezialisirung für die folgenden Budgets, und wenn sich im Uebrigen auch seine Erklärungen in mannichfachem unauflösbarsten Widerspruche befanden, so ist doch auch nach den offiziösen Eröffnungen der Sternzeitung in jenem Grundsatze nicht der Konflikt zu suchen. So bleibt denn der zweite Theil des Hagenschen Antrages als der Sitz des Uebels übrig. Der Finanzminister erachtete die Realisirung jenes Grundsatzes schon für das diesjährige Budget unthunlich oder unzweckmäßig, während das Abgeordnetenhaus diese Realisirung beschloß. Wie? also eine Frage der Zeit, der bloßen Zweckmäßigkeit, in der Ministerium und Volksvertretung verschiedener Meinung waren, konnte bei vollster Uebereinstimmung beider Faktoren über das Prinzip zur Kabinetsfrage gestempelt werden? Wegen eines Mangels an Kourtoisie, an „Entgegenkommen“ auf Seiten des Abgeordnetenhauses, ist das letztere aufgelöst worden? Wir wünschen im Interesse der Regierung selbst, daß diese Motive der Auflösung nicht den vollen Glauben im Volke finden, daß man sich im Volke lieber dahin neige, die Sache einfacher so anzusehen, als wäre das Abgeordnetenhaus, was bekanntlich schon angekündigt wurde, noch vor seinem Zusammentritt wieder aufgelöst worden; daß angenommen werde, das Ministerium habe das erste deutliche Symptom des längst offenkundigen Mißtrauens in seine bisherige Leitung unserer inneren und auswärtigen Politik als ausdrückliches Mißtrauensvotum behandelt, um den Zwiespalt zwischen seiner und den Anschauungen der Majorität der Volksvertretung endlich in der einen oder anderen Weise zum Austrage zu bringen.

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 14. März. [Ungewißheit der inneren Situation; das Kultusministerium; die Anerkennung Italiens; die Würzburger gegen den Handelsvertrag mit Frankreich.] Unsere inneren Angelegenheiten sind noch immer im Flusse, so daß nur für Gerüchte und Vermuthungen, nicht aber für bestimmte Mittheilungen Stoff vorhanden ist. An den Eintritt des Prinzen Hohenlohe in das Staatsministerium knüpfte sich immer bestimmter die Erwartung, daß derselbe die Feststellung eines liberalen Programmes und namentlich die Bildung einer gouvernementalen Mehrheit im Herrenhause erleichtern werde. Das gestern in der „Allgemeinen Berliner Zeitung“ veröffentlichte „Programm der konstitutionellen Partei“ (s. unten) betont nicht allein die Nothwendigkeit eines Pairsschubes, sondern fordert auch sehr bestimmt die Ermäßigung der Steuerlasten durch Ersparungen im Militär-Budget und Durchführung des liberalen Systems durch Herstellung einer größeren Einheit in dem Verwaltungspersonal, wie in den leitenden Sphären der Regierung. Man nimmt für gewiß an, daß diese Forderungen im Wesentlichen den Grundlagen des neuen ministeriellen Programmes entsprechen, welchem auch die Zustimmung des Prinzen Hohenlohe gesichert sein soll und welches, wie verlautet, die Minister v. Auerswald, v. Patow und Graf Schwerin zur Bedingung ihres Verbleibens im Kabinet machen. Man wird daher von einer vorläufigen Beendigung der Krisis erst dann sprechen können, wenn dieses Programm festgestellt und durch die allerhöchste Genehmigung sanktionirt ist. Vorher sind auch alle Vermuthungen über die definitive Besetzung des Kultusdepartements ohne Anhalt. Sollte das Ministerium sich befestigen, so wäre es allerdings nicht ohne Wahrscheinlichkeit, daß Graf Schwerin das Portefeuille des Kultus übernähme, während Herr Mathis an die Spitze des inneren Departements träte. — Das Dementi gegen die Mittheilung, als ob ein Handschreiben des Kaisers Franz Joseph an unseren König eine Wendung in der inneren und äußeren Politik Preußens herbeigeführt habe, wird heute auch vom „Staats-Anzeiger“ wiederholt (s. u.). Was die Anerkennung Italiens betrifft, so wird die Verzögerung derselben in unterrichteten Kreisen nicht als ein Zugeständniß an Oestreich gedeutet, sondern aus Rücksichtnahme auf die katholische Bevölkerung Preußens erklärt, welche in dem neugebildeten italienischen Staate den unversöhnlichen Gegner des heiligen Stuhles erblickt. — Man zweifelt noch immer, daß die Würzburger Staaten ernstlich daran denken, die Zustimmung zu dem Handelsvertrag mit Frankreich zu versagen, nachdem Preußen mit ihrer Vollmacht und unter steter Mittheilung seiner Vorschläge zum Abschluß geschritten ist. Sicher ist, daß Preußen ein solches Desaveu durch die Kündigung des Zollvereins beantworten und mit der Zahl seiner engeren Verbündeten in das nähere Handelsverhältniß zu Frankreich treten würde.

— [Ein Dementi.] Der „Staatsanzeiger“ schreibt: Ungeachtet des bestimmten Widerspruchs der „Allg. Preuß. Ztg.“ halten auswärtige Blätter an der Behauptung fest, daß neuliche Vorgänge in unserer inneren oder auswärtigen Politik mit einem Handschreiben Sr. Maj. des Kaisers von Oestreich an Se. Maj. den König von Preußen in Zusammenhang ständen oder gar durch dasselbe hervorgerufen wären. Wir sind nun auch unsererseits zu der bestimmten Erklärung ermächtigt, daß ein derartiges Handschreiben nicht existirt. Alle auf diese unrichtige Voraussetzung gegründeten Folgerungen sind demnach hinfällig.

— [Programm der konstitutionellen Partei.] In der „Berl. Allg. Ztg.“ wird folgende Erklärung als „Programm der konstitutionellen Partei“ veröffentlicht: „Die unterzeichneten Mitglieder der konstitutionellen Partei haben sich über nachfolgendes Programm als Grundlage und Richtschnur für die bevorstehenden Wahlen zum Hause der Abgeordneten vereinigt: I. Die konstitutionelle Partei hält fest an ihrem obersten Grundsatz: treu dem Könige und der Verfassung. Sie will ein starkes Königthum der Hohenzollern, und die volle Geltung der dem Volke verbürgten Rechte. II. Sie will, daß Preußen nach außen eine feste nationale Politik einhalte und in der deutschen Frage die Herstellung des Bundesstaats im weiteren Bunde mit parlamentarischer Vertretung sich zur Aufgabe setze, unter Wahrung der inneren Selbständigkeit der Einzelstaaten, mit preußischer Führung in den militärischen, diplomatischen und handelspolitischen Angelegenheiten. III. Im Innern fordert sie eine verfassungsmäßige, gerechte und freisinnige Regierung und den Ausbau der Verfassung in deren Geist durch organische Gesetze. IV. Die Einheit in der Leitung und Führung der Staatsgeschäfte ist die Bedingung eines starken und segensreichen Regiments. Diese Einheit ist als dringendes Bedürfniß anzuerkennen, nicht bloß in der Uebereinstimmung der leitenden Staatsmänner, sondern auch in der Wahl der höheren Verwaltungsbeamten. V. Das Herrenhaus in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung ist das Hauptthinderniß einer freisinnigen und nationalen Politik und einer gedeihlichen Entwicklung der Gesetzgebung, insbesondere für die Ordnung der Kreis- und Gemeindeverfassung und der volkswirthschaftlichen Verhältnisse. Es ist nothwendig, daß eine Reform des Herrenhauses durch Anwendung der verfassungsmäßigen Mittel herbeigeführt werde. VI. Aufrechthaltung der Reorganisation des Heeres, aber Ersparungen im Militäretat durch Beurlaubungen, Revision der Grundsätze über die Pensionirungen und überhaupt, wo sie ausführbar erscheinen, ohne die Kriegsbereitschaft des Heeres und die Wehrkraft des Landes zu schwächen. VII. Es ist mit Entschiedenheit darauf hinzuwirken, daß mit Erhebung der regulirten Grundsteuer im Jahre 1865 das Gleichgewicht im Staatshaushaltsetat wiederhergestellt und schon jetzt die im Militäretat trotz der oben bezeichneten Ersparungen verbleibenden Mehrausgaben in anderer Weise, als im Wege des bisherigen Steuerzuschlags gedeckt werden. VIII. Nur wenn das königliche Staatsministerium dem Lande durch die That den Beweis liefert, daß es sich in seiner Gesammtheit zu den bevorstehenden Grundsätzen bekennt, und dieselben zur Geltung bringt, erachten es die Unterzeichneten als die Aufgabe und Pflicht der konstitutionellen Partei, das königliche Ministerium zu unterstützen. Ambronn. v. Arnim. Bauer. Baur. v. Benda. G. Beseler. Borsche. Calow. v. Carnall. Hermann Duncker. Droysen. Graf Dyhrn. Dr. Fellenberg. Flügel. Fubel. v. Funk. Grabow. Gräser. Häger. v. Hartmann. Hinrichs-Treten. Jacob. Jordan. Jüngken. Karbe. Karsten. v. Kathen. v. Kehler. Kleinwächter. Klose. Koch. Krause. Kühne. v. Leipziger. Dr. Lette. Leue (Salzwedel). Lympius. zur Megede. O. Metzel. Metzke. Model. Nehmitz. Ottow. Pasewald. v. Pfuhl. Pieper-Falkenberg. G. Reimer. Richter. U. v. Richthofen (Barzdorf). E. v. Richthofen (Brechelshof). Riebold. Riemann. Robert-Tornow. Dr. v. Rönne. Dr. Röpell. v. Rosenberg-Lipinski. v. Sänger. v. Saucken-Julienfelde. Graf v. Schack. Dr. Schubert. Schultze-Billerbeck. Dr. Julian Schmidt. Stegemann. Theune. Trautwein. M. Veit. Freiherr v. Vincke-Olbendorff. Wachler. Wagner. Wahle. Zierenberg.

— [Der Fürst von Hohenzollern.] Der „Allgem. Preuß. Ztg." schreibt man aus Paris: Wir fahren fort, hier günstige Nachrichten über das Befinden des Fürsten von Hohenzollern zu erhalten. Se. k. Hoheit hatte in der letzten Woche an einem Geschwür gelitten, das sich jedoch glücklich zertheilt hat. In Hyères soll die Temperatur jetzt eine besonders milde, dem vollständigen Sammeranfang unserer Zone gleichkommende sein. Der Fürst von Hohenzollern wird in einigen Tagen bereits wieder das Zimmer verlassen können.

— [Die ostasiatische Expedition.] Neueren Nachrichten zufolge war die Expedition nach den ostasiatischen Gewässern bereits auf ihrer Rückfahrt bis nach Ceylon gelangt und man darf daher in kurzer Frist dem Eintreffen des Chefs derselben hier entgegensehen.

Oestreich. Triest, 12. März. [Nachrichten aus Korfu und Genua.] Telegraphische Nachrichten der „Presse" melden, daß das Parlament der jonischen Inseln eine äußerst stürmische Sitzung abhielt. Mehrere Reden für die Vereinigung mit Griechenland wurden mit Begeisterung aufgenommen. Die Auflösung des Parlaments durch den Lord-Oberkommissar wird erwartet. — Aus Genua meldet dieses Telegramm das Gerücht von der Einschiffung einer aus Polen und Ungarn bestehenden Expedition, als deren „vermuthliches" Ziel die Küste von Griechenland und Albanien bezeichnet ist. Die Nachricht erscheint indeß der „Presse" doch sehr wenig verläßlich; das Blatt meint, es handle sich vielleicht nur um die Einschiffung eines Transports von Polen und Ungarn nach Sicilien, wo sie, wie es schon lange heiße, ein Lager beziehen sollen.

Bayern. München, 13. März. [Das deutsche Nonnenkloster in Assisi.] Die „N. M. Z." berichtet, daß die bayrische Regierung, da ein direkter diplomatischer Verkehr zwischen Bayern und Sardinien nicht bestehe, in Bezug auf das deutsche Nonnenkloster in Assisi die Vermittelung der preußischen Regierung in Anspruch genommen habe, und die Interessen der zu Assisi befindlichen bayrischen Klosterfrauen zu vertreten. Die königlich preußische Gesandtschaft in Turin sei hierzu von Berlin aus in der geneigtesten Weise beauftragt worden.

Württemberg. Stuttgart, 12. März. [Jugendwehr.] Vorgestern fand hier eine Versammlung statt, in welcher über die Verhältnisse der Jugendwehr Auskunft gegeben und zum Beitritt in dieselbe aufgefordert wurde. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht, und es gab sich ein lebhaftes Interesse für die Sache kund. Es wurden die Statuten des Vereins vorgelesen und einige Erläuterungen über die Art der Uebungen und über die Kosten gegeben. Sodann wurde noch auseinandergesetzt, daß in einer Zeit, wie der gegenwärtigen, jeder junge Mann sich für den Dienst, für die Vertheidigung des Vaterlandes heranbilden sollte, daß gerade die Zeit des Friedens und der Ruhe, die uns vielleicht nicht mehr lange gegönnt, der beste Augenblick sei, sich für kommende Ereignisse zu rüsten. Die Kenntnisse, die im Kriege erfordert werden, ließen sich nicht in wenigen Wochen, sondern nur durch längere Uebung erwerben, und die militärische Ausbildung, zu welcher die Jugendwehr Gelegenheit biete, sei eine solche, welche hauptsächlich den praktischen Zweck der Soldaten, den wirklichen Kriegsdienst ins Auge fasse. Es traten dann in das Korps der Jugendwehr, das gegenwärtig in 2 Kompagnien ungefähr 150 Mann zählt, über 40 junge Männer ein. (Schw. M.)

Frankfurt a. M., 13. März. [Der Handelsvertrag mit Frankreich; zur Bundesreformfrage.] Nachdem der Handelsvertrag zwischen Preußen und Frankreich abgeschlossen ist, geht durch die Presse die Nachricht, Bayern und Württemberg beabsichtigten, in einer Denkschrift die Zollverbündeten vor dem Beitritte zum Vertrage zu warnen, weil er die Zolleinigung mit Oestreich unmöglich mache und die politische Stellung Süddeutschlands gefährde. Diese Nachricht klingt kaum glaublich, da die betreffenden Staaten zu den durch den Vertrag herbeigeführten Zollermäßigungen ihre Zustimmung gegeben haben. Die Reduktionen der Zollsätze sind allerdings bedeutend und die Industriellen werden ohne Zweifel durch Agitationen sich bemühen, die Zustimmung der Landesvertretungen zu verhindern, das kann auch nicht auffallen; wohl aber die Haltung der süddeutschen offiziösen Journale, welche die Klage erheben, daß Preußen durch den Vertrag seine Sonderzwecke verfolgt habe. Sie deuten auf die Wiederholung der Darmstädter Koalition hin und es ist wohl anzunehmen, daß die genannten Regierungen dem Vertrage sich nur mit bestimmten Klauseln zur Sicherung der Handelsbeziehungen mit Oestreich anschließen werden. Nach dem Zollvertrage mit Oestreich von 1853 steht diesem das Recht zu, jede Ermäßigung des Zollvereins-Außenzolls mit einer entsprechenden Erhöhung des Zwischenzolls zu erwidern; hieraus ergeben sich schon eine Menge Kollisionen, auf die ohne genaue Kenntniß des Vertrages nicht näher eingegangen werden kann. Hervorheben will ich aber, daß in den hiesigen großdeutschen Kreisen beabsichtigt wird, die Zollvereinsfrage auch von ihren politischen Seite zu behandeln und daß Oestreich den Vorschlag gemacht hat, zur Probe eine Delegation der Volksvertretungen zu einer handelspolitischen Berathung zu berufen. Da die Erneuerung des Zollvereins oder die Annahme des französischen Handelsvertrages nicht zur Kompetenz des Bundestages gehört, indem das Bundesgebiet nicht auch zugleich das Zollvereinsgebiet bildet, so bliebe für den Bundestag natürlich höchstens nur die Frage wegen einer Zolleinigung des gesammten Bundesgebiets. Ob man einen solchen Antrag stellen wird, muß dahin gestellt bleiben. Es genügt, auf die beginnende Agitation hinzuweisen. — In der Reformfrage des Bundes werden die Würzburger Regierungen und Oestreich mit keinen bestimmten Anträgen hervortreten. Sie haben sich in schlauer Weise dadurch aus der Verlegenheit gerettet, daß sie neuerdings dem Berliner Kabinet erklärten, sie bedauerten, keine Vorschläge machen zu können, weil Preußen die Basis des sächsischen Vorschlages nicht anerkenne. In der preußischen Antwort soll den betreffenden Regierungen denn auch zu erkennen gegeben sein, daß man in Berlin die Bedeutung dieser Erklärung sehr wohl begreife, die nur dadurch möglich wurde, daß die Regierungen auf einige Zeit die Beustsche Basis acceptirten, nachdem diese kurz vorher von ihnen verworfen worden. (Sp. Z.)

Großbritannien und Irland.

London, 12. März. [Ueber die Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses] schreibt die „Times": Man kümmert sich außerhalb der Grenzen Preußens nicht viel um die preußische Politik, und unsere Leser werden die Nachricht von dieser parlamentarischen Krisis vielleicht mit einem Gefühle aufnehmen, das zu schwach ist, als daß man es Neugier oder Erstaunen nennen könnte. Und doch hat das Ereigniß nicht nur in Preußen, sondern in ganz Deutschland große Aufregung hervorgebracht. Der König gerieth in eine gereizte Stimmung, die königliche Familie war, wenn das Gerücht nicht lügt, in ihren Rathschlüssen getheilt, das Ministerium berieth darüber, ob sein Rücktritt nicht angemessen sei, und erst nach langen Besprechungen fand es der König für gut, gegen die Kammer, welche ihm Opposition machte, an das Land zu appelliren. Der erste Eindruck, welchen wir erhielten, als wir den Anlaß des Zwistes erfuhren, war der, daß die Gefühle der beiden Parteien tiefer liegen, als die scheinbaren Ursachen des Zerwürfnisses. Auf den ersten Blick erscheint dasselbe als unerheblich. Es handelt sich um eine Finanzangelegenheit, und die Kammer scheint ihre Ideen mit gewohnter Aneignungsfähigkeit den neulichen Vorgängen in Frankreich entlehnt zu haben. Wie originell die Deutschen auch in anderen Dingen sein mögen, in allem, was sich auf das politische Leben bezieht, können sie sich dem Einflusse ihrer Nachbarn nicht entziehen. Als daher Herr Fould vor einigen Wochen aufstand und die Sitte, Summen aus einem Budget auf das andere zu übertragen, verurtheilte, und der Kaiser sich als Jünger einer so lange mißachteten Lehre erklärte, war es nicht befremdend, daß den preußischen Liberalen ein neues Licht in Bezug auf die Erfüllung ihrer Pflichten aufging. Die großen Summen freilich, welche die kaiserliche Verschwendung in Frankreich durchbrachte, sind in Preußen nicht verschleudert worden und konnten nicht verschleudert werden." Die „Times" spendet hierauf den altpreußischen Traditionen der Sparsamkeit ein Kompliment und fährt dann fort: „So lange nicht die ganze Summe überschritten wurde, fanden die preußischen Politiker früher kein Arg darin, wenn das, was für Gewehre votirt war, für Pferde verausgabt wurde, oder wenn man statt Pulver Bomben nnd Granaten kaufte. Seit Kurzem jedoch ward die Kammer sehr unzufrieden darüber, daß man sich solche Freiheiten erlaubte. Vor einigen Tagen stellte ein Abgeordneter einen Antrag, der dahin lautete, daß alle Summen, ohne Ausnahme, nur zu dem Zwecke, für welchen sie ursprünglich votirt waren, zu verwenden seien. Dieser Antrag fand in den Augen der Kammer so viel Gnade, daß die Minister ängstlich wurden. Sie waren zu einem Kompromiß bereit, allein die Kammer wollte ihren Willen durchsetzen. Obgleich die Minister erklärten, sie würden zurücktreten, wenn sie eine Niederlage erlitten (?), so ging doch der Antrag mit 175 gegen 130 Stimmen durch. Das Haus vertagte sich darauf, und seitdem fanden zwischen dem Könige, dem Kronprinzen und den Ministern täglich ernste Berathungen statt. Das Ende war die Auflösung der Kammer, und es müssen beinahe sofort Neuwahlen stattfinden, wobei sich die Sache hauptsächlich um den Staatshaushalt und um die verfassungsmäßigen Rechte des Abgeordnetenhauses drehen wird. Ob dieser Schritt des Königs politisch war und ist, darf stark bezweifelt werden. Dem Vernehmen nach war der Kronprinz für Zugeständnisse an das Abgeordnetenhaus und erkannte, was ihm sehr zur Ehre gereicht, an, daß, da Preußen jetzt eine konstitutionelle Monarchie ist, die Volksvertretung als eine wirkliche Macht behandelt werden muß. Es ist in der That klar, daß bei einer solchen Neuerung, wie die, welche der Kronprinz begehrte, die Initiative so recht eigentlich der Volksvertretung gebührt. Die Forderung war so streng gesetzlich und billig, daß wir nicht zu begreifen vermögen, wie ein weiser Herrscher und ein umsichtiges Ministerium sich veranlaßt fühlen konnten, die Abgeordneten nach Hause zu schicken. Das Bewußtsein, daß die Finanzen des Staates redlich verwaltet werden, hätte dem Könige mehr Muth verleihen sollen, die Sache ihren Gang gehen zu lassen, durch Eingehen auf die Forderungen des Hauses sich die Liebe des Volkes in höherem Grade zu erwerben und sich auf solche Weise so viel wirkliche Macht zu bewahren, wie er nur wünschen kann. Allein er hat einen anderen Pfad gewählt. Das Abgeordnetenhaus ist aufgelöst, und binnen Kurzem werden allgemeine Neuwahlen stattfinden. Wie dieselben ausfallen werden, unterliegt keinem Zweifel. Die Erwartungen des Kronprinzen und des Ministeriums werden sich ohne Zweifel verwirklichen. Es war die Ansicht dieser Personen, wie eines Jeden, mit Ausnahme des Königs, daß aus den Neuwahlen nur eine stärkere Opposition hervorgehen würde, die Männer von extremeren Meinungen in sich begreifen würde, als die Körperschaft, welche vor Kurzem dem Ministerium eine Niederlage beibrachte. Einem Berichte aus Berlin zufolge hatte der Kronprinz eine Vertagung der Kammer auf 6 Wochen angerathen, und der Schreiber des Briefes glaubte selbst an die Annahme des Vorschlages. Doch der König hat seitdem einen anderen Entscheid getroffen; er hat die Kammer nicht prorogirt und nicht die Einbringung eines mit dem Hang der Kammer zu Ersparnissen in Einklang stehenden Budgets sanktionirt. Allen Rathschlägen zum Trotz hat er sich für die Auflösung entschieden. Das Ministerium, welches solchergestalt auf ausdrücklichen Befehl des Herrschers im Amte bleibt, wird schwerlich im Stande sein, das Budget zu modifiziren, oder es doch nur mit Widerstreben thun, nachdem es die Vertreter der Nation nach Hause geschickt hat, weil sie eine solche Reform wünschten.

— [Parlament.] In der gestrigen Unterhaus-Sitzung fragte Oberst Sykes den Unter-Staatssekretär des Auswärtigen, ob die Regierung die Absicht habe, bei dem voraussichtlichen Angriffe der chinesischen Rebellen auf die Stadt Schanghai eine strenge Neutralität vorbehaltlich der Sicherheit der in der Nähe der Stadt gelegenen fremden Faktoreien zu beobachten; und ob etwas Wahres an der in einem Pariser Blatte enthaltenen Angabe sei, daß die Vertreter Frankreichs in Schanghai die englischen Behörden eingeladen hätten, sich an militärischen Operationen zum Zwecke der Wiedereroberung Ningpo's aus den Händen der Taipings zu betheiligen. Layard entgegnete (wie schon telegr. erwähnt), Angesichts des sich auf viele Millionen Pfunde belaufenden britischen Eigenthums, so wie ferner des Umstandes, daß die Politik der Taipings bisher eine Politik der Zerstörung und Vernichtung gewesen sei, habe die Regierung es für ihre gebieterische Pflicht gehalten, den Befehl zu ertheilen, Schanghai durch ein Geschwader vor den Angriffen der Taipings zu beschützen. Ob die vorerwähnte in einem Pariser Blatte enthaltene Angabe begründet sei, vermöge er nicht zu sagen. Keinesfalls aber sei eine solche Nachricht auf dem auswärtigen Amte angekommen. Horsfall beantragte folgende Resolution: „Der gegenwärtige Stand des internationalen Seerechtes ist, insofern es die Rechte der Kriegführenden und Neutralen berührt, schlecht definirt und unbefriedigend und erheischt, daß Ihrer Majestät Regierung ihm bald ihre Aufmerksamkeit zuwende." Der Antragsteller bemerkte, er wolle sich nicht auf die frühere Geschichte des Seerechts einlassen, sondern bloß die praktischen Wirkungen des gegenwärtigen Zustandes der Dinge hervorheben. Wenn man die auf den Pariser Konferenzen vereinbarte Erklärung, daß die Flagge die Ladung decke, als zu Recht bestehend annehme, so würde die Folge davon sein, daß in Kriegszeiten jeder Kauffahrer einer kriegführenden Macht im Hafen liegen bleiben müsse, daß die Frachten der neutralen Schiffe stiegen und daß die britischen Matrosen sich veranlaßt fühlen würden, auf neutralen Schiffen zu dienen. In Friedenszeiten würden in Kanton oder Kalkutta auf ein bloßes Kriegsgerücht hin neutrale Schiffe zweiten Ranges bessere Frachten erhalten, als britische Schiffe ersten Ranges. Das einzige Mittel, um diesem Uebelstande abzuhelfen, sei, daß man Schiffe in dieselbe Kategorie stelle, wie Frachten. Man möge im Interesse des Handels und der Humanität und Gerechtigkeit das auf der See schwimmende Privateigenthum gegen die Gefahr der Wegnahme sicher stellen. Der Attorney General behauptete, das Seerecht sei nichts weniger als schlecht definirt, sondern vollkommen klar. Der von dem Vorredner gemachte Vorschlag gehe weit über alles hinaus, was völkerrechtliche Autoritäten bisher vorgeschlagen hätten, um eine mildere Praxis der Kriegführung zur See einzuführen. Auch würde eine solche Neuerung nur dann zu etwas führen können, wenn nicht bloß eine einzige Macht, sondern alle Seehandel treibenden Mächte darein willigten. Er erklärte sich gegen den Antrag. Liddell und Sir G. Bowyer sprachen für die Resolution, während sich B. Cochrane dagegen erklärte. Sir G. Lewis warnte das Haus davor, einen übereilten Beschluß zu fassen. Die Resolution sei in sehr vagen Ausdrücken abgefaßt. Das Argument, daß ja im Landkriege das Privateigenthum geschont werde und deshalb zur See derselbe Brauch beobachtet werden könne, sei nicht stichhaltig; denn auch im Landkriege werde Privateigenthum angetastet. T. Baring vertheidigte die Resolution und behauptete, die von Horsfall verfochtenen Grundsätze würden früher oder später jedenfalls zur Geltung kommen. Auf Antrag Cobdens wurde die Debatte vertagt, nachdem Lord Palmerston sich damit einverstanden erklärt hatte.

Frankreich.

Paris, 12. März. [Tagesnotizen.] Der kaiserliche Prinz tritt nächsten Sonntag (16. März) in sein siebentes Lebensjahr. An diesem Tage wird er seine weiblichen Gouvernanten, Kinds- und Wartefrauen verlieren, und einen Gouverneur, einen Lehrer und ein ganzes männliches Dienstpersonal erhalten. Als den zukünftigen Gouverneur des Prinzen nennt man den Marschall Vaillant und als seinen Lehrer Mgr. Landriot, Bischof von Rochelle, der früher dem Unterrichtswesen angehörte. Er war seiner Zeit Direktor des Seminars zu Autun. — Gestern wurde eine große Anzahl der unlängst Verhafteten, die durchschnittlich den arbeitenden Klassen angehören, in Freiheit gesetzt. — In einer großen Maschinenfabrik in den Batignolles wurden dieser Tage an 1200 Arbeiter entlassen.

— [Der Aufstand in Nauplia.] Die Berichte der Pariser halbamtlichen Blätter über den Aufstand in Nauplia lauten fortwährend günstig. Die Insurgenten sind diesen Berichten zufolge im Stande, lange Zeit Wiederstand zu leisten. Sie haben 48 Positionsgeschütze und zwei Batterien gezogener Kanonen, die einzigen, welche Griechenland besitzt. Sie sind außerdem mit gezogenen Gewehren und hinreichenden Lebensmitteln versehen, so daß sie mehrere Monate lang Widerstand leisten können. Die griechische Armee, die vor der Festung liegt, soll diesen Berichten zufolge dagegen in schlechtem Zustande und nicht einmal stark genug sein, um die Zufuhr von Lebensmitteln vollständig abschneiden zu können. — Die Marseiller Post aus Athen vom 6. d. bringt eine königliche Proklamation, worin dem Königreich für seine Treue gegen die Militäranarchie gedankt wird. Durch dieses Verfahren werde Griechenland den Frieden der Gegenwart und der Zukunft sichern. Ein ministerielles Rundschreiben an die Präfekten verpflichtet sie, ihren Administrirten die Versicherung zu geben, daß das Uebel bald in seiner Wurzel erstickt sein werde. Eine gewisse Zahl von Offizieren, unter ihnen der General Saunier, sind auf die Inseln verbannt worden, Personen vom Zivilstande sind auf die Insel Cythere geschafft worden.

Paris, 14. März. [Telegr.] Die Legislative hat den §. 6 der Adresse angenommen. Billault hatte erklärt, daß die französische Regierung die Wünsche der Mexikaner achten werde und durchaus nicht die Absicht habe, dem Erzherzog Maximilian von Oestreich in Mexiko einen Thron zu errichten. Die Verbündeten hätten am 28. Febr. Vera-Cruz verlassen und dürften sich augenblicklich schon in Mexiko befinden. — Nach dem erschienenen Bankausweise haben sich der Baarvorrath um 61 Millionen, Vorschüsse auf Werthpapiere um 110 Millionen, die laufende Rechnung des Schatzes um 83 Millionen und der Notenumlauf um 41 Millionen vermehrt, das Portefeuille dagegen um $24\frac{1}{2}$ Millionen vermindert.

Belgien.

Brüssel, 12. März. [Aus den Kammern.] Die beklagenswerthen Vorgänge in Antwerpen sind heute in beiden Häusern des Parlaments zur Sprache gekommen. Im Senate interpellirte Herr Forgeur, der Führer der Linken, das Ministerium in Betreff der Haltung, welche dieses den fraglichen Ausschweifungen gegenüber einzunehmen gedenke. Herr Tesch entgegnete, die Regierung werde durch solche Uebergriffe keinen Augenblick sich einschüchtern lassen und um so weniger nachgeben, als man heftiger und ungesetzlicher Mittel sich bedienen wolle. Im Abgeordnetenhause sprach Herr Noyer de Behr über die in Antwerpen geführten Reden einen verdienten Tadel aus, der auf allen Bänken gebilligt wurde. Hier war die Bemerkung um so mehr am Platze, als gerade die Angelegenheit der Antwerpener Militärservituten verhandelt wird. Die Beschwerden der belgischen Handelsmetropole fanden in deren Abgeordneten, Herrn de Gottal, einen beredten Vertheidiger, und kann man den ersteren, mit so ruhiger Sprache vorgebracht, eine angemessene Betrachtnahme gewiß nicht verweigern. Es handelt sich nämlich um Gewährung eines Schadenersatzes für den Minderwerth, den die im Festungsrayon belegenen Besitzungen durch die Servituten zu leiden haben. Das strikte Recht, welches noch aus der drakonischen Militärgesetzgebung Napoleons sich herschreibt, spricht allerdings gegen diese Forderungen, doch haben letztere offenbar alle Gefühle der Billigkeit und alle Grundsätze einer gerechten Vertheilung der Staatslasten für sich. (K. Z.)

Italien.

Turin, 11. März. [Garibaldi; Finanzielles.] Nach einem Schreiben des „Lombardo" aus Turin wird Garibaldi, vom Senator Plizza begleitet, nun weiter sämmtliche Städte Italiens besuchen, um in denselben das Nationalschießen einzuführen. Außerdem heißt es, Garibaldi werde zum Generalinspektor der ganzen Nationalgarde des Königreichs ernannt werden. Garibaldi wird am 16. d. in Turin einer Versammlung Nationalschützen, bei welcher der Prinz Humbert den Vorsitz führen wird, beiwohnen. — Das „Campidoglio" spricht von gewissen in den Kassenbüchern eines Ministers existirenden „Unregelmäßigkeiten" im Betrage von nicht weniger denn 63 Millionen. Das Journal Ratazzi's, die „Monarchia Nazionale", spricht bloß von einer für geheime Polizei gemachten Mehrausgabe von 1,329,600 Frs., welche durch ein königl. Dekret vom 14. November 1861 sanktionirt, vom Finanzminister vidimirt, aber von Ricasoli nicht kontrasignirt ist. Mehrmals zur Kontra-

signatur aufgefordert, weigerte er sich stets, zu unterzeichnen, unter der sehr ernsten Erklärung, daß ihm diese Summe durchaus nicht in Ausgabe gerechtfertigt erscheine, was aber den Finanzminister durchaus nicht bewog, diese Rechtfertigung zu versuchen.

Turin, 13. März. [Telegr.] Gestern ward in einer Zusammenkunft der die Mehrheit und die Linke bildenden Mitglieder des Abgeordnetenhauses mit 92 gegen 4 Stimmen beschlossen, das neue Ministerium zu unterstützen.

Rom, 6. März. [Die Verhaftungen und Haussuchungen] dauern fort. Gestern hielt der Kapitän Eligi auf Befehl Merode's den Arzt Maggioranio an der Schwelle eines seiner Patienten fest und hinderte ihn einzutreten. Er mußte nach Hause zurückkehren, wo sich 10 Gendarmen befanden und eine strenge Untersuchung vorgenommen, aber nichts gefunden wurde. Sein Sohn wurde vom Schlage getroffen.

Spanien.

Madrid, 12. März. [Telegr.] Die Regierung hat beschlossen, den Kommissar der amerikanischen Südstaaten, Herrn Roß, nicht zu empfangen.

Rußland und Polen.

⊘ Aus dem Königreich Polen, 13. März. [Die Feier der Thronbesteigung; Demonstrationen; zur Bauernregulirung.] Das öffentliche Programm, welches in Bezug auf die Feier des Tages der Thronbesteigung Alexanders II. schon mehrere Tage vor dem 9. März in den Blättern ausgegeben war, lautete dahin, daß der Statthalter die Glückwünsche der Zivil- und Militärbehörden, der städtischen Dikasterien und der gesammten Geistlichkeit von den an ihn abzusendenden Deputationen am gedachten Tage Vormittags für den Kaiser in Empfang nehmen und dann mit den Spitzen der Behörden dem feierlichen Gottesdienst beiwohnen werde. In Bezug auf die äußeren Festlichkeiten heißt es in diesem Programm, daß Abends Erleuchtung aller öffentlichen Gebäude stattfinden, hinsichtlich der Privaten aber es gänzlich dem Willen der Einwohner resp. Hauseigenthümer überlassen bleiben solle, zu illuminiren oder nicht. Durch diese Klausel, welche ausdrücklicher Befehl des Kaisers sein soll, war ein großer Theil der Bevölkerung polnischer Nationalität in eine üble Lage versetzt, da man bald, nachdem das Programm veröffentlicht worden, an mehreren Orten Flugblätter aufgefunden, in welchen alle diejenigen für Verräther an der Nation erklärt wurden, welche, da sie von allem Zwang entbunden, ihre Wohnungen illuminiren oder sonst auf andere Weise ihre Sympathien für die Regierung an den Tag legen würden. Wie wenig indeß von dem Kern der Bevölkerung auf solche demonstrativen Drohungen der Agitatoren gegeben wird, zeigte die festliche Erleuchtung vieler Privatwohnungen am 9. Abends. Im Theater war freie Vorstellung und das Haus ziemlich gefüllt; die Menge wogte durch die Straßen, welche von Patrouillen hin und wieder durchzogen wurden, und obgleich die öffentlichen Lokale und Schankanstalten länger als gewöhnlich geöffnet waren, ist doch nirgends eine bemerkenswerthe Störung vorgefallen. — Seitdem die Gerüchte eine Zwangstrauer in Aussicht gestellt, haben sich mehrfach junge Polen in rothen Hemdkragen und Damen in hellfarbigen, zum Theil rothen Kleidern gezeigt und meist Lachen erregt. Man scheint allmählich solche Thorheiten ruhiger ansehen gelernt zu haben. — Nach Berichten aus Rußland ist die Regulirung der bäuerlichen Angelegenheiten in vielen Distrikten bereits gänzlich ins Reine gebracht, und in den übrigen bedeutend vorgeschritten, während hier im Königreiche diese Angelegenheit kaum als in Angriff genommen anzusehen sein und noch viele Schwierigkeiten machen dürfte. Die Bauern in den meisten Gemeinden befinden sich im passiven Widerstande, zahlen nicht und arbeiten auch nicht, sondern verhalten sich ruhig in der Lage, in welche sie durch ihre Herren selbst, so wenig diese auch ihre eigne Schuld an diesen Mißständen eingestehen wollen, gedrängt worden sind.

Türkei.

Konstantinopel, 13. März. [Telegr.] Trotz der ernsten Ereignisse in Griechenland ist es in Thessalien und Epirus ruhig. Aus den Provinzen treffen die Zahlungen regelmäßig ein.

Amerika.

Mexiko. — [Die Expedition; Krankheiten; das Ultimatum 2c.] Privatdepeschen des „Pays“ zufolge, sind die Alliirten, ohne einem Hinderniß zu begegnen, bis zu den Vorposten der Hauptstadt Mexiko vorgerückt. — Die über Havannah eingegangenen Berichte aus Vera-Cruz vom 8. Februar melden, daß mehr als 1000 Soldaten der Verbündeten krank in den Hospitälern von Vera-Cruz und Viele in Tajetia und Madellin liegen. Auf der Flotte war das gelbe Fieber ausgebrochen; die Engländer litten stark daran und waren beschäftigt, ihre Kranken unter Zelte unterzubringen. Die Spanier schicken Tag für Tag Kranke nach Havannah zurück. — Die mexikanische Regierung besteht noch immer darauf, daß die Spanier sich wieder einschiffen und die drei Gesandten mit einer Eskorte von nur 2000 Mann sich nach Orizaba zur Eröffnung der Unterhandlungen begeben sollen. — Die Franzosen erwarten täglich Verstärkung von Martinique und Breest. Den Spaniern gehen täglich kleine Nachschübe zu, aber kaum genug, um den Abgang der Kranken, die nach Havannah zurückkehren, auszugleichen. General Prim herrscht noch immer mit hoher Hand. Die Spanier haben angefangen, mexikanisches Eigenthum zu konfiszires, ohne Rücksicht auf die Einsprache der Eigenthümer und Besitzer. Die Engländer und Franzosen beschränken sich auf den Schutz ihrer Landsleute. Dem englischen Gesandten, Sir Charles Wyke, wird in dem Briefe Schuld gegeben, daß er sich völlig in die Hände von Prim begeben habe, während der französische Gesandte allein konsequent an dem ursprünglichen Programm der drei Mächte festhalte. Die Wiederfreilassung Miramons weiß man sich nicht zu erklären.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 15. März. [Die Einkommensteuer.] Unter der städtischen Bevölkerung Posens, einschließlich des Militärs sind 644 Familien, welche von der Einkommensteuer-Kommission mit einer jährlichen Einnahme von 1000 Thlr. und mehr eingeschätzt und deshalb zur Staats-Einkommensteuer herangezogen sind. Davon gehören 569 zur deutschen, 75 zur polnischen Nationalität, darunter mehrere Domgeistliche. Die Einkommensteuer, welche diese Steuerpflichtigen zu Folge der Einschätzung zu zahlen haben, ist 35,310 Thaler. Es kommen jedoch, da in Posen Mahl- und Schlachtsteuer erhoben wird, zu welcher die Bevölkerung ohne Ausnahme beizutragen hat, für jeden Steuerpflichtigen laut gesetzlicher Vorschrift 20 Thlr. in Wegfall, somit überhaupt 12,880 Thlr., so daß in Wirklichkeit nur 22,430 Thlr. zur Staatskasse fließen. Zu diesem Steuereinkommen tragen bei die Deutschen 19,678 Thaler, die Polen nur 2752 Thlr. Steuerpflichtige Militärpersonen sind 78, welche 2568 Thlr. Steuer zahlen. Unter der jüdischen Bevölkerung sind 204 Familien steuerpflichtig, welche 7410 Thlr. zu entrichten haben. Die Staats-Einkommensteuer beträgt 3 Prozent des Einkommens. Unter der Voraussetzung, daß die Einschätzung, wenn auch nicht ganz genau zutrifft, doch der Wahrheit nahe kommt, würden jene 644 Familien ein Jahreseinkommen von 1,182,885 Thlr. oder durchschnittlich jede Familie von 1837 Thlr. beziehen. Im Vergleich zu anderen größeren Städten, ist die Anzahl der Steuerpflichtigen und der Steuertrag keineswegs erheblich. Auch im Verhältniß zu dem Gesammteinkommen Preußens aus dieser Steuer von etwa 3,100,000 Thlr., ist der Beitrag der Stadt Posen mit 22,430 Thlr. nur gering. Aber im Vergleich zu den Landkreisen tritt hierbei ein sehr bedeutendes Uebergewicht der Stadt Posen an Kapital und Steuerkraft hervor. Die Mehrzahl der Kreise zählt nur 40 bis 60 einkommensteuerpflichtige Einwohner, mit einem Durchschnittseinkommen, welches 1500 Thlr. nicht übersteigen wird. Davon sind höchstens $^{2}/_{3}$ Rittergutsbesitzer, die übrigen Gewerbtreibende, Kaufleute, Beamte, Geistliche. Einen vielfach höheren Ertrag als die Einkommensteuer liefert in den Landkreisen die Klassensteuer, und in den größeren Städten die Mahl- und Schlachtsteuer.

§ Rawicz, 14. März. [Institute und Vereine; die Realschule.] Der Bestand der städtischen Sparkasse war im verflossenen Jahre 19,885 Thlr.; an Einlagen und Zinsen wurden 3088 Thlr. zurückgezahlt; es verbleibt also ein Einlagebestand von 16,797 Thlr. Hierzu kommt noch der Bestand des Separat- oder Sparfonds mit 871 Thlr. und der Bestand des Reservefonds mit 314 Thlr. Sparbücher waren im verwichenen Jahre 334 Stück im Umlauf. Der Segen dieses Instituts wird immer mehr gewürdigt. Auch die Vorarbeiten zur Gründung eines Vorschußvereins nach Schultze-Delitzsch'schen Prinzipien sind im besten Gange und erfreuen sich namentlich der Theilnahme Aller, die unmittelbaren oder mittelbaren Nutzen von ihm zu ziehen beabsichtigen. Der hiesige Gesundheitspflegeverein hat sein Entstehen (im Oktober 1850) dem frühern Bürgermeister Reder zu verdanken. Der Verein gewährt gegen einen monatlichen Beitrag von 5 Sgr. jedem unbemittelten Mitgliede ohne Rücksicht auf Konfession und Stand in Krankheitsfällen den nöthigen ärztlichen Beistand und das Anrecht auf freie Medizin. Zur Leitung der Geschäfte fungiren bei diesem Verein 6 Vorsteher mit Einschluß des Rendanten, 2 Aerzte und ein Vereinsdiener. Der Verein zählt gegenwärtig 150 Mitglieder: 39 Wohlthäter und 111 Anspruchsberechtigte. Aerztliche Pflege erhielten im abgelaufenen Jahre 164 Familien durch 674 Rezepte. Die Einnahme pro 1861 betrug 291 Thlr., die Ausgabe 289 Thlr. Von Seiten der Kommunalbehörden wurden 20 Thlr. als Beihülfe gewährt. — Die Anzeige einiger Mitglieder der Stadtverordneten, daß der Direktor der hiesigen Realschule in seiner Eigenschaft als Schulkommissions-Mitglied bei Gelegenheit der definitiven Anstellung eines Lehrers an dieser Schule sich schriftlich dahin geäußert habe, daß er prinzipiell gegen die Anstellung eines katholischen Lehrers sei, gab in der letzten Sitzung der Stadtverordneten zu einer längern Debatte über den konfessionellen Charakter unserer Realschule Veranlassung. Die Versammlung erklärte indeß entschieden, daß die Realschule stiftungsmäßig keinen spezifisch konfessionellen Charakter trage und daß daher bei künftiger Berufung von Lehrern die Konfession nicht in Betracht komme.

⚡ Bromberg, 14. März. [Statistisches; Beerdigung; Eisgang; Todtschlag; Typhus.] Nach den nunmehr beendeten statistischen Tabellen des Bromberger Kreises, hat derselbe nach der jüngsten Volkszählung 77,085 Einwohner (45,146 Evangelische, 28,933 Katholiken und 3006 Juden; der Nationalität nach 54,804 Deutsche, 22,281 Polen, die Juden sind hierbei zu den Deutschen gezählt). Es sprechen nur deutsch 44,951, nur polnisch 15,709, deutsch und polnisch 16,331. Ferner zählt unser Kreis Haushaltungen (Familien) 15,142; öffentliche Gebäude 329, Privatgebäude 15,508; Pferde 6178, Rindvieh 17,705 Stück, Schafe 98,172, Schweine 8717 und Ziegen 1489. Kreistagsfähige Rittergüter sind vorhanden 28, mit einem Areal von 88,333 Morgen. Im Besitze von Deutschen befinden sich 21 Rittergüter mit 47,911 Morgen und ein Rittergut mit 7415 Morgen Areal gehört einem Juden, 6 Rittergüter mit 33,007 Morgen haben polnische Besitzer. Der übrige ländliche Grundbesitz mit 227,428 Morgen vertheilt sich: auf Deutsche mit 141,686 Morgen, auf Juden mit 389 Morgen, auf Polen mit 85,353 Morgen. Der städtische Grundbesitz (Bromberg, Poln. Krone, Schulitz und Fordon) wird geschätzt auf einen ungefähren Werth von 5,620,084 Thlr. und es treffen davon auf Deutsche 4,374,336 Thlr., auf Juden 854,863 Thlr., auf Polen 390,885 Thlr. Bei den direkten Staatssteuern konkurriren die Deutschen des Kreises mit 14,698 Thlrn. Grundsteuer, 13,664 Thlr. Einkommensteuer, 16,904 Thlr. Klassensteuer und 9967 Thlr. Gewerbesteuer; die Juden mit 1338 Thlr. Grundsteuer, 3042 Thlr. Einkommensteuer, 1149 Thlr. Klassensteuer und 3246 Thlr. Grundsteuer; die Polen mit 3990 Thlr. Grundsteuer, 1666 Thlr. Einkommensteuer, 10,288 Thlr. Klassensteuer und 953 Thlr. Gewerbesteuer. — Gestern wurde hier der pensionirte k. Reg. Sekr. Libenau auf dem evangelischen Kirchhofe beerdigt. Als Veteran (und zwar einer der ältesten, er war etwa 72 Jahre alt,) begleiteten ihn die hier wohnenden ehemaligen Vaterlandsvertheidiger, deren Zahl übrigens schon sehr beschränkt ist, von denen einer die Orden des Verstorbenen trug. Den langen Zug eröffnete die Kapelle des 14. Inf. Regts. Am Grabe sprachen Kons. Rath Dr. Romberg und Prediger Grüzmacher. L. wurde am Sonntage Morgens angekleidet vor der Ofenthür sitzend und eine Schachtel Streichhölzer in der Hand haltend, todt gefunden. Ein Schlagfluß hatte seinem Leben ein Ende gemacht; in der Stube war von dem Holze im Ofen, das von den noch vorhandenen Kohlen zum Theil angeschwellt war, ziemlich viel Dunst. — Bei Fordon ist in diesen Tagen die Eisdecke auf der Weichsel gebrochen, hat sich dann zusammengeschoben und wieder festgestellt, die Passage ist jedoch vollständig gehemmt, das Wasser 3 Fuß über den gewöhnlichen Stand gestiegen. Binnen Kurzem steht völliger Eisgang in Aussicht; man fürchtet bedeutende Ueberschwemmung. — In diesen Tagen erhielt der Arbeitsmann Philipp Mroczkowski aus Berg-Kolonie bei Bromberg, übrigens ein bekannter Raufbold, bei einer Schlägerei einen Hieb mit einem Spaten auf den Kopf, daß ihm der Hirnschädel gespalten wurde und er am folgenden Tage im hiesigen Stadtlazarethe starb. Wer den Hieb geführt, konnte nicht festgestellt werden, da die Prügelei eine allgemeine war. — In dem benachbarten Orte Schanzendorf ist das Faulfieber ausgebrochen und fordert manche Opfer.

Die Auflösung der preußischen Volksvertretungen.

Nach dem vom Vereinigten Landtage berathenen und genehmigten Wahlgesetze vom 8. April 1848 sollte die auf Grund dieses Gesetzes zusammentretende Versammlung dazu berufen sein, „die künftige Staatsverfassung durch Vereinbarung mit der Krone festzustellen und die seitherigen reichsständischen Befugnisse, namentlich in Bezug auf die Bewilligung von Steuern und Staatsanleihen, für die Dauer ihrer Versammlung auszuüben“. Am 8. November 1848 wurde das Ministerium Brandenburg gebildet; am 9. November die Nationalversammlung vertagt und ihr eröffnet, daß der Sitz der Versammlung von Berlin nach Brandenburg verlegt sei. Am 15. November faßte die fortlagende Mehrheit den sogenannten Steuerverweigerungsbeschluß. Am 5. Dezember 1848 wurde die Nationalversammlung aufgelöst. Als Gründe wurden vom Ministerium angeführt: „weil die Mehrzahl der Abgeordneten, ungeachtet der Vertagung und Verlegung der Versammlung, ihre Berathungen eigenmächtig in Berlin fortgesetzt und sich angemaßt habe, als eine souveräne Gewalt über Rechte der Krone zu entscheiden, insbesondere die Steuerverweigerung zu proklamiren und hierdurch die Brandfackel der Anarchie in das Land zu schleudern und den ganzen Staatsverband dem Umsturze preiszugeben; ferner, daß hiernächst die Versammlung in Brandenburg nicht in beschlußfähiger Anzahl zusammengekommen sei, und daß die von der der Verlegung sich widersetzenden Partei späterhin dort eingetretenen Mitglieder dadurch, daß sie sich nach kurzer Frist wieder entfernt, die Versammlung abermals beschlußunfähig gemacht und dadurch außer Stand gesetzt hätte, sich zu konstituiren; daß somit die Majorität der Versammlung sich in offener Auflehnung gegen königliche Anordnungen befinde, und auf einem Standpunkte verharre, der die Möglichkeit einer Vereinbarung mit der Krone ausschließe, und daß mit einer in so tiefer innerer Zerrüttung befindlichen Versammlung die Verfassungsberathung ohne Verletzung der Würde der Krone nicht fortgesetzt werden könne“.

An demselben Tage wurde eine Verfassungsurkunde, und am 6. Dezember 1848 ein neues Wahlgesetz oktroyirt. Am 26. Februar 1849 traten die auf Grund dieser Oktroyirungen gewählten beiden Kammern zusammen. Obwohl die I. Kammer erklärte, sie erkenne die Verfassung vom 5. Dezember 1848 als das zu Recht bestehende Staatsgrundgesetz an, und obwohl auch die II. Kammer die Verfassung als das nunmehr gültige Grundgesetz des preußischen Staats anerkannte, wurde schon am 27. April 1849 die II. Kammer aufgelöst. Diesmal hieß es: „Die Hoffnung, daß die Verhandlungen der Kammer zur Befestigung eines gedeihlichen innern Zustandes führen würden, sei bei dem Gange, welchen die Verhandlungen in der II. Kammer genommen, aufzugeben gewesen. Die während dieser Zeit von der II. Kammer gefaßten Beschlüsse beruhten größtentheils auf Abstimmungen, bei welchen eine oder wenige Stimmen in einer Weise den Ausschlag gegeben, die keinen Zweifel darüber lasse, daß das Resultat sehr häufig lediglich die Folge zufälliger Umstände gewesen. Es sei für verderblich zu erachten, die Revision der Verfassung und die Gestaltung der an dieselbe sich anschließenden organischen Gesetze solchen Zufälligkeiten preiszugeben. Außerdem habe die II. Kammer sich nicht immer in den Schranken ihrer Befugnisse gehalten. Dies sei namentlich in Betreff des Beschlusses, wodurch die von der deutschen Reichsversammlung in Frankfurt beschlossene Verfassung für rechtsgültig erklärt worden, und in Betreff des Beschlusses, durch welchen die Fortdauer des über Berlin verhängten Belagerungszustandes für ungesetzlich erklärt und dessen Aufhebung gefordert werde, der Fall.“ Wiederum folgte der Auflösung eine Oktroyirung. Diesmal war es das Wahlgesetz vom 30. Mai 1849 mit seiner Drei-Klassen-Eintheilung und der Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit bei den Wahlen. Obwohl nach der oktroyirten Verfassungsurkunde die Neuwahlen nach 40 Tagen hätten erfolgen sollen und die Kammer nach 60 Tagen, also spätestens am 27. Juni hätte berufen werden sollen, traten die auf Grund dieser Oktroyirungen gewählten Kammern erst am 7. August zusammen. Mit diesen Kammern gelang das Revisionswerk.

Wiederum hat vor einigen Tagen ein „liberales“ Ministerium das Abgeordnetenhaus aufgelöst. Es ist „liberal“, also reicht es zunächst sein Abschiedsgesuch ein. Der Abschied wird nicht angenommen. Es läßt sich im Gegentheil attestiren, „daß es das Vertrauen der Krone und Achtung bei dem wohldenkenden Theile der Nation genieße“. Nunmehr löst das „liberale“ Ministerium am 11. März das Abgeordnetenhaus auf. Und weshalb? „Weil es von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß nur ein einträchtiges und vertrauensvolles Zusammenwirken der Vertretung des Landes mit der Regierung Sr. Maj. des Königs dem Interesse der Monarchie entspricht.“ Und diese Bedingung vermißt es, weil der Finanzminister erst für das Jahr 1863 eine größere Spezialisirung des Staatshaushaltsetats in Aussicht gestellt, das Abgeordnetenhaus aber in dem Beschlusse vom 6. März der Ansicht gewesen ist, die Spezialisirung könne schon für dies Jahr bewirkt werden!

Herr v. d. Heydt verkündete diesmal den Auflösungsbeschluß. Es konnte hierfür keine geeignetere Persönlichkeit gefunden werden. Drei Auflösungen kennt unser junges konstitutionelles Leben. Der Name des Herrn v. d. Heydt steht unter allen drei Auflösungsordres. Auf ihn scheint das traurige Vorrecht des ewigen Juden übergegangen zu sein. Nur Eins vermissen wir noch als bisherige konstante Folge der Auflösung: eine Oktroyirung! — Hoffen wir indeß noch, daß nicht auch diesmal Hr. v. d. Heydt wieder zu Oktroyirungen gerüstet dasteht. G —

Angekommene Fremde.

Vom 14. März.

HOTEL DU NORD. Rittergutsbesitzer v. Moszczeński aus Jeziorki, Doktor Waldstein aus Berlin, Dr. jur. Gottschall aus Breslau, Kaufmann Loßberger aus Hanau und Wirthschafts-Inspektor Szapski aus Gielgudiszki.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Landwirth Klahr aus Wirsitz, Fabrikant Mechow aus Görlitz, Rentier Leppin aus Hirschberg, Schiffbauer Kotzolt aus Magdeburg, die Kaufleute Schottländer aus Breslau, Lewerenz aus Berlin und Kaluszewicz aus Neustadt b. P.

BAZAR. Frau Gutsbesitzer Gräfin Skórzewska aus Kl. Jeziory, die Gutsbesitzer Graf Potulicki aus Gr. Jeziory, Graf Mielżyński aus Köbnitz, v. Gorski und v. Walewski aus Polen, v. Koszutski aus Modliszewko, Szółdrzyński aus Lubasz und v. Mikorski aus Karnißzewo.

HOTEL DE PARIS. Gutsbesitzer v. Swięcicki aus Kuszewo, Rentier Werdermann aus Nieświastowice, Dr. med. Bendowski aus Breslau und Gutspächter v. Kowalski aus Imiołki.

HOTEL DE BERLIN. Kaufmann Blotner aus Lissa, die Rittergutsbesitzer

v. Wedel aus Brody und v. Koszutski aus Wargowo, Oberförster Seiler aus Grünberg, Rentier Grams aus Woldenberg, die Gutsbesitzer Scheller nebst Frau aus Maniewo und Maaß aus Lulin.

DREI STERNE. Professor Amman aus Kruschwitz, Schmied Barciszewski aus Czerniejewo und Ackerwirth Robowski aus Krzeslic.

KRUG'S HOTEL. Spediteur Klinghard aus Putschlau, Schwarzviehhändler Kulawski aus Sarne, Wirthschafts-Inspektor Werner aus Brodki, Geschäftsreisender Blank und Kaufmann Günther aus Breslau.

PRIVAT-LOGIS. Major Frhr. v. Massenbach und Freifrau v. Massenbach aus Białokosz, Breslauerstraße Nr. 39; Geistlicher Olszewski aus Schildberg, St. Martin Nr. 27; Handelsmann Bleyer aus Trebnitz, Magazinstraße Nr. 15.

Vom 15. März.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Rittergutsbesitzer Graf Węsierski aus Zakrzewo, Sanitätsrath Dr. Zelasko aus Kowanowko, die Kaufleute Ollendorff aus Danzig, Wötzel und Eckersdorff aus Berlin, Hertwig aus Mühlhausen und Peters aus Dresden und Gutsbesitzer Martini aus Lukowo.

HOTEL DE BERLIN. Die Gutsbesitzer Kärnbach aus Schlawa, v. Bieczyński und Agronom v. Bieczyński aus Nieslabin, Landwirth Krüger aus Lagiewnik, Inspektor Rosenthal aus Marienberg, Probst Janiszewski aus Koscielec, die Kaufleute v. Koeppen aus Delwig, Neustadt aus Wronke, Bernhard und Schlesinger aus Glogau, Herde aus Leipzig und Werner aus Borek.

HOTEL DU NORD. Frau Rittergutsbesitzer v. Wolniewicz aus Dembicz, fürstl. Domänendirektor Molinek aus Reisen und Wirthschafts-Inspektor Günther aus Kwieciszewo.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Graf Plater aus Wroniawy, v. Wierzbiński aus Włokno, Ramke aus Chociszewo, v. Koźmian aus Polen und v. Chłapowski aus Brodnica.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Das auf der Amtsvorstadt zu **Polnisch Crone** an der Brahe belegene, den Namen **„Abtei-Mühle"** führende fiskalische Mühlengrundstück, bestehend aus einem Wohnhause, mehreren Stallgebäuden, Kornspeicher, einer Schneidemühle, einer Mahlmühle von zwei Gängen, einer Mahlmühle von drei Gängen, welche letztere bei Beginn der Pachtperiode ganz neu gebaut und zu 4 Gängen nach den neuesten Konstruktionen eingerichtet werden wird, dem Hofraum, den Ablageplätzen und einigen Gärten, soll vom 1. Juli d. J. ab auf 12 Jahre an den Meistbietenden verpachtet werden. Zur Entgegennahme der Gebote haben wir einen neuen Termin auf

den 31. März d. J. Vormittags 11 Uhr

im Sitzungssaale des königlichen Regierungsgebäudes hierselbst vor dem Regierungsrath **von Schierstedt** angesetzt.

Pachtlustige werden hierzu mit dem Bemerken eingeladen, daß das geringste Pachtgeld 2300 Thlr. jährlich beträgt, daß der Bieter vor Zulassung zum Gebot ein disponibles Vermögen von mindestens 8000 Thlr. nachweisen muß, und daß nach 6 Uhr Abends neue Bieter nicht zugelassen werden. Im Uebrigen verweisen wir auf die in unserer Registratur einzusehenden Pachtbedingungen und deren Beilagen. Von ersteren kann auf Verlangen Abschrift gegen Erlegung der Kopialien mit 10 Sgr., oder deren Einziehung durch Postvorschuß, mitgetheilt werden. **Bromberg**, den 25. Februar 1862.

Königliche Regierung.
Abtheilung für direkte Steuern, Domainen und Forsten.

Bekanntmachung.

Der vierprozentige Pfandbrief Nr. 36 **Lubowo-Gnesener** Kreises über 50 Thaler nebst Kupons seit Johanni 1857 ist durch das rechtskräftige Erkenntniß des königl. Kreisgerichts hier vom 4. November 1861 amortisirt. Dies wird nach §. 130, Titel 51, Titel I. der Allg. Ger. Ordnung hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Posen, den 12. März 1862.
Provinzial-Landschafts-Direktion.

Bekanntmachung.

1. Der Kaufmann **Louis Kaskel Wollenberg** zu **Posen** hat seine Firma: **„L. K. Wollenberg"** heut bei uns angemeldet und ist dieselbe heut unter Nr. 104 unseres Firmen-Registers eingetragen worden.
2. Der Kaufmann **Louis Kaskel Wollenberg** zu **Posen** hat für sein unter der Firma **„L. K. Wollenberg"** betriebenes Handelsgeschäft seinem Sohne **„Julius Wollenberg"** Prokura ertheilt und ist die Prokura unter Nr. 14 unseres Prokuren-Registers eingetragen worden.

Posen, den 11. März 1862.
Königl. Kreisgericht. Erste Abtheilung.

Handels-Register.

In das Firmenregister des unterzeichneten Gerichts ist

1. unter Nr. 1
der Kaufmann **Ernst Anders**, Ort der Niederlassung: **Wollstein**; Firma: **Ernst Anders**, und
2. unter Nr. 2
der Kaufmann **Anton Damski**, Ort der Niederlassung: **Wollstein**: Firma: **Anton Damski**

eingetragen, zufolge Verfügung vom 10. März 1862 am 12. März ej. a.

Wollstein, den 12. März 1862.
Königliches Kreisgericht. I. Abtheil

Bekanntmachung.

Zur Vergebung der Lieferung von 20—25,000 Stück **Osterkuchen** haben wir einen Termin auf **Mittwoch den 19. d. M., Nachm. 3 Uhr**, in unserem Synagogenbureau anberaumt.

Zu diesem Termine werden kautionsfähige Reflektanten mit dem Bemerken eingeladen, daß die betreffenden Bedingungen in unserem Bureau während der Amtsstunden zu erfahren sind.

Posen, 14. März 1862.
Der Vorstand der Synagogengemeinde

Auktion von Mahagoni-Fournieren und massivem Holz.

Mittwoch am 19. März c. Vormittags werde ich **im Auktionslokale Breitestraße Nr. 20 und Büttelstraße Nr. 10 für auswärtige Rechnung**

eine Partie Mahagoni-Fourniere und massives Holz

gegen baare Zahlung öffentlich meistbietend versteigern.

Lipschitz, königl. Auktionskommissarius.

Zum Abbruch

wird ein Stallgebäude aus Fachwerk mit Ziegeln ausgemauert, und gedeckt, am **Freitag den 21. d. M. Vormittag um 11 Uhr** auf dem Hofe der Loge, Graben Nr. 8, öffentlich an den Meistbietenden verkauft.

Einladung

zur **öffentlichen** Prüfung für die deutschen Vorbereitungsklassen der Realschule am Dienstage den 18. März, Vormittags um 9 Uhr, Breslauerstraße Nr. 30, 1 Treppe hoch.

Dr. **Brennecke.**

Kotzolt'sches Gesang-Konservatorium

in Berlin, (Anhaltstraße Nr. 3.)

Am 3. April beginnt ein neuer Kursus. Honorar jährlich 80, 60 und 40 Thlr., in vierteljährlichen Raten pränumerando zu zahlen. Ausführliches enthält das durch den Unterzeichneten gratis zu beziehende Programm. Sprechstunde Dienstag und Freitags 1—2.

Berlin, den 15. Februar 1862.

Kotzolt,
Solo-Baß des königl. Domchors.

Neue Akademie der Tonkunst in Berlin,

Dorotheenstrasse Nr. 12.

Am 3. April beginnt der neue Cursus: 1) Elementar- und Compositionslehre, Musikdirektor Wüerst; 2) Methodik, Prof. Th. Kullak; 3) Sologesang, Hr. G. Engel; 4) Pianoforte, Prof. Th. Kullak, Dr. A. Kullak, Hr. Pfeiffer, Hr. Alexis Hollaender, Hr. Leo Lion, Hr. H. Hoffmann, Herr R. Schmidt; Partitur- und Ensemblespiel, Musikdir. Rob. Radecke; 5) Violine, Kammervirtuos Grünwald; 6) Violoncello, Kammermusikus Espenhahn; 7) Orgel, Hr. Haupt; 8) Chorklasse, Musikdirektor Krigar; 9) Quartettklasse; 10) Orchesterklasse, Musikdir. Wüerst.

Mit der Akademie steht in Verbindung:

das Seminar

zur speziellen Ausbildung von Klavier- und Gesanglehrern und Lehrerinnen.

Aufgenommen werden Schüler und Schülerinnen.

Ausführliches enthält das durch die Buch- und Musikhandlungen und durch den Unterzeichneten zu beziehende Programm.

Berlin, im Februar 1862.

Prof. Dr. Theodor Kullak,
Königlicher Hof-Pianist.

Der neue Kursus der Vorbereitung zum Examen für die Berechtigung zum einjährigen Militärdienst beginnt Montag d. 17. März.

Posen, den 8. März 1862.

Der ehemalige Oberprediger ***Wentzel.***

Grünstr. 6/7, in der Nähe des Gymnasiums, finden **Pensionäre** liebevolle Aufnahme.

Von Ostern d. J. ab finden Pensionärinnen mosaischen Glaubens bei mir freundliche Aufnahme. Durch bewährte Hülfe des Hrn. Rektor ***Vanselow*** bin ich im Stande, für gewissenhafte Pflege meiner Zöglinge sowohl in körperlicher, als sittlicher u. wissenschaftl. Beziehung die erforderliche Sorge zu tragen.

Ernestine Rosenberg, Sapiehaplatz 6.

Ein geräumiges Wohnhaus nebst Stallung und Garten, als Wohnung für einen pensionirten Beamten geeignet, ist ganz in der Nähe der Stadt **Jarocin** zu verpachten. Das Nähere beim Rendanten ***Schwanke*** zu Jarocin.

Es wird ein Gut bei einer Anzahlung von 20,000 Thlr. bis 60,000 Thlr. zu kaufen gesucht und Verkäufer gebeten, ihre Adresse unter ***P. P.*** an die Expedition dieser Zeitung zu senden.

Verkauf einer ländlichen Villa.

Das in **Plau** bei **Crossen**, dicht an der **Berlin-Breslauer** Chaussee, der Kirche vis-à-vis gelegene, 1860 neu erbaute, zu meinem Ruhesitz bestimmt gewesene, im Aeußeren und Innern höchst zweckmäßig und elegant eingerichtete massive Wohnhaus mit 6 tapezirten Zimmern, großer Küche, Korridor ꝛc., das ganze stattliche Gebäude unterkellert, Backofen und Waschgelegenheit im Souterrain befindlich, biete ich hiermit zum Verkauf aus.

Zu diesem schönen, mit einer Verande versehenen Hause gehören ca. 12 Morgen des besten Garten-, Wiesen- und Ackerlandes. Ein zwei Morgen großer umzäunter Hofraum und Garten, mit ca. 100 tragenden Obstbäumen, eine neu angelegte Plumpe und eine große Getreidescheuer enthaltend, grenzt unmittelbar an das Gebäude, auch ist dasselbe nebst Hof und Garten gewünschtenfalls ohne die übrige Länderei verkäuflich.

Nähere Auskunft ertheilt entweder mündlich oder auf portofreie Briefe schriftlich der Eigenthümer

der Kaufmann ***C. W. Hempel,***
in Grünberg i. Schl.

Beachtenswerth.

Die Herren Ritterguts- u. Gutsbesitzer in der Provinz **Posen**, die gesonnen sind, ihre Güter in diesem Frühjahr zu verkaufen resp. zu verpachten, u. sich dazu einer Vermittelung bedienen wollen, bittet Unterzeichneter ganz ergebenst um gefällige rechtbaldige Zusendung der betreffenden Aufträge, und bemerke ich, daß sich viele Käufer resp. Pächter für die Provinz Posen bestimmt haben.

M. Stein, Güteragent und Landwirth in **Bialosliwe** an der Ostbahn, Provinz **Posen.**

Bekanntmachung.

Die Fischerei-Nutzung in den hiesigen Seen soll von Johanni d. J. ab fernerweit auf 6 Jahre verpachtet werden. Die Verpachtungs-Bedingungen können hier eingesehen oder werden gegen Kopialien in Abschrift mitgetheilt werden. Pacht-Offerten sind

bis 1. Mai d. J.

hier Amts schriftlich oder mündlich abzugeben.

Die Fischerei in den circa 8000 Morgen großen Seen ist sehr ergiebig, namentlich an Zanten, Welzen, Hechten, Schleien, Barschen, Bressen u. s. w.

Schlawa bei Fraustadt, den 16. Febr. 1862.

Das Gräflich **von Fernemont**'sche Rent-Amt.

Die Wasserheilanstalt in Breslau

ist zur Aufnahme von akututen und chronischen Kranken mit jeglichen Komfort eingerichtet. Mit dieser Anstalt ist ein **Pensionat** verbunden, in welchem besonders Nerven- und Gemüthsleidende jeden Alters unter sorgfältiger ärztlicher Pflege und Ueberwachung ein ruhiges und behagliches Asyl finden.

Dr. Pinoff,
Dirigent und Arzt der Anstalt.

Wasser- und Molkenkuren

in der **Wasserheilanstalt** zu **Charlottenburg** bei **Berlin**. Frühlingskuren sind oft bie wirksamsten.

Dr. Eduard Preiss.

Den Bandwurm

beseitigt laut vorliegenden zahlreichen Zeugnissen **vollständig** und **gefahrlos** binnen $3/4$ bis 4 Stunden (bei Auswärtigen brieflich).

Wigandsthal in Schlesien.

Dr. medic. ***Räuschel.***

Färberei-Anzeige!

Zur Frühjahrsversur empfiehlt sich zur Absendung von seidenen und wollenen **Kleidern**, Tüllgardienen, Crepp de Chine, Tücher, Ballroben, Bänder ꝛc. an die brühmte **Kunst-Seidenfärberei u. franz. Waschanstalt** von

B. Wolfferstein in Berlin,

unter Zusicherung der schönsten, elegantesten Farben (à Ressort), bester Appretur wie neu und billigster Preise,

die Agentur von ***L. Kletschoff,***
Krämerstraße 12.

Als geübte Damenschneiderin und zur Ausführung aller in dies Fach schlagenden Arbeiten in und außer dem Hause empfiehlt sich

Tine Hassel, Teichgasse Nr. 3.

Bleichwaaren

werden zur Besorgung nach meiner **Natur-Rasenbleiche** angenommen und geht jeden Dienstag ein Transport dahin ab.

S. Kantorowicz.

Ende März wird die zweite Sendung Strohhüte zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert von

M. Elkan, Schloßstraße Nr. 2.

Vierundzwanzig

Wasserstraße bei ***Apolant*** werden Sonnen- und Regenschirme neu angefertigt, überzogen und reparirt.

Verbesserte Hefenfabrikation

Nachdem wir zur **Preßhefenfabrikation**, namentlich ohne Brennerei ꝛc. — einen **sehr großen Vortheil**, hinsichtlich der Triebkraft, weißer Farbe und des Quantums, praktisch herausgefunden haben, ersuchen wir hiermit diejenigen, welche von uns die Vorschrift zum **Ganzen der Hefenfabrikation** bezogen haben und nicht bereits Mittheilungen erhielten, sich portofrei an uns zu wenden, damit sie solche **gratis** empfangen.

Unser **Geschäftsprogramm**, welches **Erwerbsquellen** für **Bemittelte** und **Unbemittelte** bietet, senden wir auf portofreies Verlangen **franko** zu.

Das allg. landw. u. technische Industrie-Komtoir, Vermieth. u. Auskunftsbureau — Firma: ***Wilhelm Schiller & Comp.*** in **Berlin**, Spandauerstraße 23. (Früher in **Görlitz** und **Freistadt.**)

Meine ersten Ladungen **feinstgemahlenen Sperenberger Düngergyps** treffen in den nächsten 14 Tagen hier ein, und bitte ich, mir Aufträge darauf frühzeitig zukommen zu lassen.

S. Calvary.

Gogoliner Kalk, frisch gebrannt und **Ziegel** verschiedener Klassen und Sorten bei ***A. Krzyżanowski*** in **Posen.**

Ausstellung

von Oelgemälden berühmter Meister.

Kunstfreunde und Kunstkenner werden zum Besuch der in **Bellmann's Hôtel**, Schadowsstraße 2, 1 Treppe, ausgestellten Sammlung von Original-Oelgemälden **(Paris, Bordone, Velasquez, G. Bellini, Alb. Dürer, Strozzi, C. Serani, van Dyck, Amiconi, Rosa ꝛc.)** ergebenst eingeladen. Dieselbe ist bis Ende März d. J. täglich von 11 bis 4 Uhr geöffnet.

Gogoliner Kalk.

Unsere, unter Leitung unsres Mitglieges Hrn. **Eduard Ephraim** in **Posen, Hinter-Wallischei 114**, stehende Niederlage erhält jetzt **täglich frische** Zusendungen von Kalk, und empfehlen wir solchen in bekannter Qualität zu den **billigsten Preisen.**

An Wiederverkäufer gewähren wir Rabatt.

Das Gogoliner und Gorasdzer Kalk- und Produkten-Komptoir.

Steinkohlen.

Egl. dopp. gesiebte **Nußkohlen (Schmiedekohlen)** u. **Schmelz-Coaks** ab Stettin, März, April, Mai ꝛc. per Schiffer zu beziehen, sowie

schlesische Steinkohlen

vorzüglicher Qualität, in **Wagenladungen** von 30 Tonnen = 120 Scheffel auf sämmtlichen **Bahnstationen** der **oberschles.** u. **Ostbahn** abzunehmen, offerirt zum Grubenpreise

Wilhelm Mewes,
Comptoir: große Gerberstraße 20.

Für Landwirthe.

Zur Frühjahrsbestellung empfiehlt die **Jerzycer Fabrik** bei **Posen** feinstes **gedämpftes Knochenmehl**, **Superphosphat** und **praeparirtes Knochenmehl** unter Garantie des Gehalts. Gefällige Aufträge bitte baldigst einsenden zu wollen, um solche rechtzeitig effektuiren zu können.

Louis Kantorowicz.

Holzsamen-Verkauf.

Samen von Kiefer à Ztr. 48 Thlr., à Pfd. 15 Sgr., Fichte à Ztr. 12 Thlr., à Pfd. 4 Sgr., so wie alle anderen Laub- und Nadelholz-Sämereien verkauft unter Garantie für die Keimkraft der Förster ***Steinke*** zu **Buchwald** bei **Schmiedeberg** in Schlesien.

Rothe und weiße Kleesaat, Luzerne, Lupinen, Gelbklee, Thymothee, Rheygras, Serradella,

so wie alle anderen Sämereien empfiehlt

S. Calvary.

Blühende **Hyazinthen, Narcissen, Tulpen** ꝛc. im **Günther'schen Garten**, Mühlenstraße 10.

Hochstämmige

Remontant- und Moosrosen

von 3—4' Höhe à 10 Sgr., von 5—6' à 15 Sgr., mit schönen Kronen und guten Wurzeln in den neuesten und blühbarsten Sorten und Farben. Trauerrosen von 6—9' Höhe à 20—25 Sgr. beim Kunstgärtner ***Grünert*** in **Lissa**, H. Posen.

Breitblättrige Myrthenpflanzen werden in großen und kleinen Partien gekauft oder getauscht gegen Seltenheiten exotischer Pflanzen oder auch gegen Mittheilung meiner Erfahrungen, z. B. Orangerien aus krankem Zustande in kurzer Zeit zu freudigem Gedeihen zu bringen; große Ananas, sowie Champignons massenhaft mit dem besten Erfolge zu erzeugen von

P. Lottré,
fürstlicher Garten-Inspektor a. D.
Poln. Lissa.

Für Landwirthe.

Wir empfehlen unser Lager von **Sämereien** und bitten wir Herrn ***Rudolp Rabsilber*** **in Posen** als unseren Vertreter Ihrer Gegend, die uns zugedachten Aufträge so bald als möglich zu ertheilen, damit wir im Stande sind, solche aufs Prompteste und Beste zu effektuiren. — Unsere Zufuhren von **frischem amerikanischem Pferdezahn-Mais** erwarten wir per **Dampfer** von **New-York** ehestens und werden davon **Lager** bei Herrn ***Rudolph Rabsilber*** **in Posen** halten.

Berlin, im März 1862.

J. F. Poppe & Comp.

Ich nehme Bezug auf Vorstehendes und bitte um Ihre gefälligen Bestellungen. Von den **gangbarsten Sämereien und Mais** halte ich hier **Lager.**

Rudolph Rabsilber, Spediteur.

Blumen- und Gemüsesamen,

sowie auch wurzelechte und hochstämmige Rosen, Weinfechser, Staudengewächse ꝛc. empfehle ich zu soliden Preisen laut Preisverzeichniß und führe jede Bestellung von außerhalb mit Pünktlichkeit und Sorgfalt aus. Für Emballage werden nur die baaren Auslagen berechnet.

Albert Krause,
Kunst- und Handelsgärtner, St. Adalbert Nr. 40.

Heu- und Strohofferte.

Gutes Heu, Roggen-, Gerst- und Erbsenstroh ist in **Neudorf** bei **Schwersenz** zu haben.

---

180 Stück Fetthammel stehen zum Verkauf auf dem Dominium **Cerekwica** bei Bahnhof **Rokitnica.**

Tausend Scheffel gesunde Zwiebelkartoffeln verkauft das Dom. **Skoraczewo** bei **Xions.**

Arbeitsunfähige oder **todte Pferde** werden zu den höchstmöglichsten Preisen gekauft von der **Jerzycer Fabrik**

Frank, Fabrikbeamter.

Sonn- und Regenschirme werden bei mir überzogen und reparirt; auch ist eine große Auswahl neuangefertigter Schirme bei mir vorräthig und bitte genau auf meine Firma zu achten, da schon oft vorkam, daß Leute in meiner Nachbarschaft auf meinen Namen Reparaturen annahmen.

L. Dattelbaum, Schirmfabrikant,
Neuestraße Nr. 3.

Das Herren-Garderobe-Magazin von *A. Cohn*, Markt Nr. 64 empfiehlt ein großes Lager von fertigen Frühjahrs-Anzügen, als: Paletots, Jakett's, Beinkleidern und Westen. Dieselben sind angefertigt nach den neuesten Pariser und Londoner Modells und zu billigstem Preise.

A. Cohn, **Markt 64**,
neben Herrn Anton Schmidt.

F. Bogusławski,

13. Wilhelmsstrasse 13.

neben dem Bazar,

empfiehlt sein reichhaltig assortirtes Lager in fertigen Sachen, als:

Frühjahrsmäntel in Wolle und Seide, Mantillen und Garibaldi, gestickte und arangirte Cachemirtücher und fertige Kleider; ferner eine große Auswahl von Jakonetts, Barège, Valentia, sowie die elegantesten Fantasie-Stoffe, der jetzigen Saison entsprechend.

En tout cas

in den diesjährigen Neuheiten sind eingetroffen und empfiehlt solche zu den billigsten Preisen

A. Birner,
Markt 79, der Hauptwache gegenüber.

Neuheiten in Knickern, En tout cas und Fächern,

empfingen und empfehlen zu billigen Preisen

Wakarecy & Jerzykiewicz,
Gardinen-, Spitzen- und Weisswaaren-Handlung,
Wilhelmsstrasse Nr. 7, neben der königl. Post.

Etwas ganz Neues!!

Es ist mir **gelungen, Sprungfedern herzustellen**, welche vermöge besonderer **Beisätze** durch **Rost** nicht **angegriffen** werden und jedes **Ungeziefer fern halten**, besonders für **feuchte Zimmer sehr zu empfehlen.**

Fr. Sturtzel Tapezirer, Wilhelmsplatz Nr. 9.

(Beilage.)